

Antrag

**der Abgeordneten Ewald Aukes, Michael Kruse,
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, Daniel Oetzel,
Dr. Kurt Duwe (FDP) und Fraktion**

Betr.: Parkplatzsuche leicht gemacht: Mehr Parkraum für Hamburg

Die Lösung des Hamburger Parkplatzproblems ist eigentlich ganz einfach: Es muss mehr Parkplätze geben, wo Parkraum knapp ist. Die Verkehrswende soll klappen, daran arbeiten viele verschiedene Akteure in der Stadt intensiv und trotzdem wird sich, auch mit deren Gelingen, das Parkplatzproblem nicht in Luft auflösen. Ganzgleich ob mehr Personen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen oder sich auf das Fahrrad schwingen, die Anzahl der Autos sinkt nicht. Oder anders gesagt: nur weil die Bürgerinnen und Bürger bei vielen alltägliche Fahrten zunehmend auf Fahrrad oder ÖPNV umsteigen, verkaufen sie noch lange nicht ihr Auto und das braucht nun mal einen Parkplatz. In 2019 waren in Hamburg 794 618 Autos angemeldet, das waren 434 Pkws pro 1 000 Einwohner. 2010 wurden noch 715 500 Autos gezählt, also lediglich 404 Pkws pro 1 000 Einwohner. Zum Stichtag 1. Juli 2019 waren es bereits 799 183 (Drs. 21/17811). Hinzukommt der enge Straßenraum und die vielen schlecht geplanten Baustellen.

Autofahrer werden durch fehlende Parkmöglichkeiten dazu verleitet, auf Geh- und Radwegen in Kreuzungsbereichen oder in „Zweiter Reihe“ zu parken. Weil dadurch Rettungswege, Lieferzonen oder Radwege blockiert werden und die Busse ausgebremst werden, kann und darf dieses Verhalten nicht toleriert werden. Durch das schlechte Straßenraummanagement des Senates darf niemand behindert oder gefährdet werden. Es muss also konsequent abgeschleppt werden. Das Nadelöhr beim Abschleppen liegt jedoch darin, dass in Hamburg Abschleppvorgänge durch die Polizei genehmigt werden müssen. Da diese wiederum durch zahlreiche anderen Aufgaben gebunden ist und Personalmangel herrscht, wird vielfach nicht abgeschleppt. Die Lösung könnte sein, dass die Mitarbeiter des Landesbetriebs Verkehr (LBV) mehr Kompetenzen bekommen und dass diese digital beziehungsweise telefonisch eine Abschleppgenehmigung durch die Polizei bekommen, ohne dass eine Polizeistreife vor Ort sein muss. So würde unnötiger Personaleinsatz vermieden.

Wer den öffentlichen Personennahverkehr als attraktive Alternative zum Auto darstellen möchte, der muss einerseits für mehr Zuverlässigkeit, Sicherheit und Sauberkeit sorgen und andererseits das Angebot so niedrigschwellig wie möglich halten. Solange der Umstieg vom Auto auf die Bahn doppeltes Geld kostet, Ticket und Parkticket, kann von einer attraktiven Alternative nicht die Rede sein. Durch eine Kapazitätssteigerung der P+R-Häuser könnten insbesondere in der Metropolregion Pendlerinnen und Pendler motiviert werden, gar nicht erst mit ihrem Auto in die Stadt hineinzufahren.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. mehr Parkplätze zur Verfügung zu stellen.

2. durch den Bau von Quartiersgaragen die besonders betroffenen Stadtteile und Straßenzüge zu entlasten.
3. die Einnahmen des Parkraummanagements zweckgebunden für die Schaffung von Parkraum zu verwenden.
4. durch konsequentes Abschleppen zu verhindern, dass falsch parkende Fahrzeuge Rettungswege blockieren, Buslinien behindern oder Lieferzonen und Radwege zuparken können.
5. die Kompetenzen des Landesbetriebs Verkehr (LBV) bei der Beantragung des Abschleppvorgangs auszuweiten sowie die Abfrageprozesse beim Abschleppen zu beschleunigen und die Polizei zu entlasten.
6. die Kapazitäten des P+R-Angebotes auszuweiten, bei gleichzeitiger Abschaffung der P+R-Gebühren zugunsten der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs.
7. Der Bürgerschaft bis zum 29.02.2020 darüber zu berichten.